

Protokoll:	Beteiligungsbeirat des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	10
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	-
		GZ:	AKR-0322-00
Sitzungstermin:	06.07.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	StR Pitschel		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Schmidlin		
Betreff:	Beteiligungskonzept zu ÖPNV-Projekten in Stuttgart-Süd, Vaihingen und Möhringen		

Die Fachverwaltung stellt ihr Beteiligungskonzept anhand einer Präsentation vor. Diese wird ausschließlich digital zur Verfügung gestellt.

Die Fachverwaltung möchte insbesondere über folgende Aspekte mit dem Beteiligungsbeirat beraten:

1. Allgemeines, Rahmenbedingungen, Gestaltungsspielraum, Stufen der Partizipation
2. Ziele der Beteiligung, Zielgruppen, Zielgruppenansprache
3. Vorgehensweise, Rollenverteilung und Methoden
4. Zeitplan, Rückkopplungsverfahren und weiteres Vorgehen

Rückfragen

- Frau StRin Höh (FDP) fragt bzgl. der 80m-Züge nach, da sich ihres Wissens nach, Bahnsteige in dieser Länge an manchen Haltestellen nicht realisieren lassen. Die Fachverwaltung erklärt hierzu, dass derzeit gemeinsam mit dem Bezirksbeirat Stuttgart-Süd eine städtebauliche Begleitplanung durchgeführt wird.
- Herr StR Urbat (Die FrAKTION) fragt nach, ob das Max-Planck-Institut bzgl. der vorbeifahrenden Züge miteinbezogen wurde. Die Fachverwaltung erläutert hierzu, dass derzeit eine Untersuchung beauftragt wird.

1. Allgemeines, Rahmenbedingungen, Gestaltungsspielraum, Stufen der Partizipation

- Frau NN 1 (sachkundige Einwohnerin – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) fragt nach, ob sich die unterschiedlichen Projekte gegenseitig ergänzen können oder ausschließen.
Die Fachverwaltung erläutert, dass diese Fragen derzeit in einer verkehrsplanerischen Studie betrachtet werden. Dabei werden unterschiedliche Varianten untersucht. Es gilt jedoch zu beachten, dass die Kapazitäten begrenzt sind. Aus diesem Grund wird voraussichtlich eines der Projekte umgesetzt.
- Frau NN 2 (sachkundige Einwohnerin – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) fragt nach, ob auf dem Eiermann-Campus auch bezahlbarer sowie barrierefreier Wohnraum geschaffen wird.
Die Fachverwaltung erläutert, dass es im Hinblick auf barrierefreien Wohnraum entsprechende Quoten gibt, die eingehalten werden müssen. Bei gefördertem Wohnungsbau werden bei der Schaffung des Baurechts entsprechende Quoten festgelegt. Ziel des Eiermann-Campus ist einen funktionsfähigen Stadtteil zu erschaffen. Es sollen zudem der öffentliche Raum sowie die ÖPNV-Angebote barrierefrei geplant werden.
- Herr NN 3 (sachkundiger Einwohner – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) fragt nach, ob es sinnvoll ist, die Anbindung des Eiermann-Campus mit in den Beteiligungsprozess zu integrieren, da es sich beim Eiermann-Campus um ein neu entstehendes Quartier handelt, das es anzubinden gilt. Bei den anderen Arealen hingegen, handelt es sich um bereits bestehende Wohngebiete, die es besser anzubinden gilt. Aus diesem Grund regt er an, einen eigenen Beteiligungsprozess für den Eiermann-Campus durchzuführen.
- Frau NN 4 (sachkundige Einwohnerin – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) und Frau NN 5 (Mitglied der Verwaltung – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) merken an, dass die Rahmenbedingungen der Beteiligung von Beginn an offengelegt werden müssen und offen und klar kommuniziert werden muss, an welchen Stellen noch Spielraum für Anregungen aus der Bürgerbeteiligung besteht und an welchen nicht.
Die Fachverwaltung erläutert, dass es derzeit noch keinen klaren Favoriten gibt, sondern noch Offenheit für Anregungen aus der Bürgerbeteiligung besteht. Sie gibt jedoch auch den Hinweis, dass es im Hinblick auf die technischen Möglichkeiten Grenzen bei der Umsetzbarkeit gibt und auch das finanzielle Volumen in die Kosten-Nutzen-Analyse einbezogen werden muss. Diese muss bereits zu Beginn klar kommuniziert werden.
- Herr StR Pitschel (Grüne) ist der Meinung, dass der Zeitpunkt für die Beteiligung bereits spät ist, da es schon gewisse Vorfestlegungen gibt. Deshalb müssen die Leitplanken des Verfahrens klar kommuniziert werden. Er schlägt vor, die verschiedenen Prozessschritte enger zu verzahnen und ggf. das Design für die Bürgerbeteiligung bereits bis zu der gemeinsamen Sitzung der Bezirksbeiräte zu erarbeiten und zu diskutieren und ggf. die zufällig ausgewählten Teilnehmenden bereits miteinzubeziehen. Des Weiteren schlägt er vor, den Anteil der zufällig ausgewählten Einwohner*innen zu erhöhen, damit sie die Hälfte der Teilnehmerschaft darstellen.

Die Fachverwaltung erläutert dazu, ihrer Ansicht nach noch früh im Verfahren zu sein, da die öffentliche Ausschreibung noch nicht stattgefunden hat und zunächst gewisse Vorarbeiten nötig sind, zum Beispiel zur technischen Machbarkeit verschiedener Varianten. Diese Vorarbeiten und auch die Ziehung der Zufallsstrichprobe werden noch Zeit in Anspruch nehmen, sodass die Vorschläge zur gemeinsamen Sitzung der Bezirksbeiräte voraussichtlich noch nicht umgesetzt werden können.

- Frau NN 5 (Mitglied Verwaltung – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) weist darauf hin, die Kinder- und Jugendbeteiligung bereits in der Ausschreibung explizit aufzugreifen und auch ein entsprechendes Budget einzuplanen.
- Frau NN 1 (sachkundige Einwohnerin – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) und Herr NN 6 (Mitglied Verwaltung – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) fragen nach, was das zentrale Ziel der Beteiligung ist. Je nachdem, ob ein Stimmungsbild eingeholt oder gemeinsame Lösungen erarbeitet werden, unterscheidet sich das Prozessdesign.
- Frau StRin von Stein (FW) merkt an, dass eine große Herausforderung darin liegt, dass zwischen Beteiligung und Realisierung des Vorhabens ein großer Zeitraum liegt. Es gilt zu überlegen wie diese entstehende Zeitspanne überbrückt werden kann. Frau NN 4 (Mitglied Einwohnerschaft – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) merkt in diesem Zusammenhang grundsätzlich an, dass oft Unwissen über die Abläufe innerhalb der Verwaltung besteht. Herr NN 6 (Mitglied Verwaltung – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) plädiert in diesem Zusammenhang für eine klare und transparente Kommunikation von Beginn an.
- Herr Grieb (Bezirksvorsteher Stuttgart-Süd) ergänzt, dass es in Stuttgart-Süd im Sanierungsgebiet Kaltental weitere Ideen zu den ÖPNV-Projekten gibt. Das Sanierungsgebiet hat eine Koordinierungsgruppe und es finden ebenfalls Bürgerbeteiligungen statt.

2. Ziele der Beteiligung, Zielgruppen, Zielgruppenansprache

- Frau StRin Höh (FDP) merkt an, dass sich bei Bürgerbeteiligungen häufig bereits bestehende Bürgerinitiativen beteiligen und die „schweigende Mehrheit“ kaum gehört wird. Deshalb möchte sie gerne wissen, wie die Fachverwaltung die „schweigende Mehrheit“ einbeziehen möchte, da ihrer Ansicht nach, alleine die Einbeziehung von zufällig ausgewählten Einwohner*innen nicht ausreicht.
- Herr NN 7 (sachkundiger Einwohner – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) fragt nach, wie viele Teilnehmende an dem Workshop beteiligt werden sollen. Zudem schlägt er vor, die Bürgerbeteiligung nahezu ausschließlich mit zufällig ausgewählten Einwohner*innen durchzuführen. Stakeholder und Interessierte können als Expertise in den Prozess einbezogen werden und Inputs in die Workshops einbringen. Die Diskussion und Bewertung der Szenarien soll von den zufällig ausgewählten Personen durchgeführt werden. Es kann zusätzlich einen Informationsteil als eine Art „Marktplatz“ geben, dieser kann beispielsweise mit Ständen der Initiativen, SSB und anderen Stakeholdern bespielt werden.

- Herr StR Dr. Mayer (AfD) merkt an, dass sich im Rahmen der Zufallsauswahl trotzdem vermehrt interessierte Personen beteiligen. Er schlägt stattdessen eine Befragung einer zufällig ausgewählten, repräsentativen Stichprobe vor.
- Herr NN 7 (sachkundiger Einwohner – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) merkt an, dass im Rahmen der Online-Beteiligung eine Umfrage gut durchgeführt werden kann und hier ggf. statistische Parameter einbezogen werden können. Im Hinblick auf die Zufallsauswahl schlägt er eine Quotierung über die Stadtteile hinweg vor.
- Herr NN 6 (Mitglied der Verwaltung – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) schlägt vor, unterschiedliche Veranstaltungen für die verschiedenen Zielgruppen (Einwohnerschaft vor Ort, Stakeholder, Bezirksbeiräte etc.) anzuberaumen. Seiner Ansicht nach sind in die Beteiligung neben der Stuttgarter Einwohnerschaft zwingend die Menschen vor Ort einzubeziehen.
- Herr Puttenat (PULS) regt an, junge Menschen zum Beispiel über Schulen und Universitäten in den Prozess miteinzubinden. In diesem Zusammenhang weist Frau StRin Höh (FDP) darauf hin, dass die Schüler*innen am Schulcampus vor Ort einbezogen werden sollten. Frau NN 5 (Mitglied der Verwaltung – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) regt an, dass insbesondere auch Kinder miteinbezogen werden sollen, zum Beispiel in Fragen zur Gestaltung der Haltestellen und Bahnübergänge.

3. Vorgehensweise, Rollenverteilung und Methoden

- Frau NN 1 (sachkundige Einwohnerin – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) merkt an, dass darauf geachtet werden soll, die Einwohner*innen bestimmter Gebiete wie Büsnau oder Lauchäcker einzubeziehen. Des Weiteren regt sie an, die Beteiligung der Menschen vor Ort auch abseits von U- und S-Bahn-Stationen durchzuführen und weiter in die anzubindenden Wohngebiete zu gehen und dort gezielt zu informieren. Herr NN 7 (sachkundiger Einwohner – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) schlägt in diesem Zusammenhang vor, mit Infoständen wie bereits am Vaihinger Bahnhof in die ggf. zukünftig angebotenen Stadtteile zu gehen und die aufsuchende Beteiligung so noch weiter auszubauen.
- Herr NN 6 (Mitglied der Verwaltung – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) fragt nach, ob es bereits Überlegungen zur Durchführung der Online-Beteiligung gibt. Die Fachverwaltung erläutert, dass zunächst umfangreich über alle Projekte auf dem städtischen Beteiligungsportal „Stuttgart – Meine Stadt“ informiert werden soll. In diesem Zusammenhang empfiehlt Herr NN 6 zunächst ein Konzept zu erstellen, welche Tools sich eignen und hebt einen Mix aus Online- und Vorort-Beteiligung hervor. Um ein erstes Stimmungsbild aus der Einwohnerschaft einzuholen empfiehlt sich seiner Meinung nach eine Umfrage. Um Fragen aus der Einwohnerschaft zu klären, könnte ein Forum angeboten werden, ggf. dann auch themenspezifisch.
- Frau NN 2 (sachkundige Einwohnerin – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) weist darauf hin, dass unter anderem aufgrund von Barrieren nicht alle Personen die Möglichkeit haben, sich über das Internet oder an Informationsständen zu beteiligen. Sie können über eine aufsuchende Beteiligung oder auch Papierfragebögen besser beteiligt werden.

- Herr NN 8 (sachkundiger Einwohner) regt an, in einen Austausch mit anderen Kommunen zu treten und Best-Practice-Erfahrungen im Hinblick auf den Bau von Seilbahnen auszutauschen.
- Frau NN 5 (Mitglied Verwaltung – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) regt an, zu verschiedenen Themen zum Beispiel Auswertung von Fragebögen mit anderen städtischen Ämtern zusammenzuarbeiten.
- Herr NN 7 (sachkundiger Einwohner – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) betont, dass er das Gesamtkonzept gut findet. In diesem Zusammenhang schlägt er vor, den geplanten Workshop auf bis zu zwei Tage auszuweiten.

4. Zeitplan, Rückkopplungsverfahren und weiteres Vorgehen

- Herr StR Pitschel (Grüne) regt an, die Zeitschienen der verschiedenen Prozessschritte enger zu verzahnen.
- Herr NN 6 (Mitglied Verwaltung – Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) weist darauf hin, dass ggf. ein Kommunikationszeitplan erarbeitet werden sollte.

Der Beteiligungsbeirat hat vom Beteiligungskonzept Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Schmidlin

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Wohnen

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Mitglieder des Beteiligungsbeirats
 3. Referat AKR
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III. nachrichtlich an:
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktionsgemeinschaft PULS
 7. Fraktion Freie Wähler
 8. AfD-Fraktion